

1422/AB XXI.GP
Eingelangt am: 20.12.2000
Bundeskanzler

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Kostelka und Genossen haben am 19. Oktober 2000 unter der Nr. 1388/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Ausgaben der Mitglieder der Bundesregierung f. Werbekampagnen, Inseratenschaltungen und sonstigen Selbstdarstellungen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Seit 4. Februar 2000 wurden folgende Aufträge für Informationstätigkeiten erteilt:

- a) Für die Euroinitiative der Bundesregierung besteht seit 1998 ein Rahmenvertrag mit der Agentur Publico, innerhalb dessen Teilaufträge zur Umsetzung der Information der Bevölkerung über die Einführung der Euro - Währung erteilt wurden und werden.
- b) Es wurden in verschiedenen Medien Inserate zum Thema „Wir sichern die Zukunft“ geschalten.
- c) Mit der Werbeagentur Ogilvy & Mather GmbH wurde ein Rahmenvertrag zur Unterstützung der Informationstätigkeit der Bundesregierung über den „Reformdialog für Österreich - Konsolidierung des Budgets 2000/2001,, abgeschlossen.

Zu den Fragen 2, 6 und 8:

- a) Im Jahre 1998 wurde vom BMF (Staatssekretär Dr. Ruttenstorfer) mit der Agentur Publico ein Rahmenvertrag bis inkl. 2001, unter Einhaltung der Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes i.d.g.F., abgeschlossen.
- b) Die Einzelaufträge für die Schaltung von Inseraten, zum Thema „Wir sichern die Zukunft,, erfolgte gemäß ÖNORM A 2050.
- c) Über den Auftrag an die Werbeagentur Ogilvy & Mather GmbH wurde ein Verhandlungsverfahren im Sinne des Bundesvergabegesetzes i.d.g.F. durchgeführt.

Zu den Fragen 3 und 4:

- a) Für den Rahmenvertrag mit der Agentur Publico stand ein Budgetrahmen in der Höhe von ATS 20 Millionen zur Verfügung, welcher durch das Informationsbüro der Bundesregierung für die Euroinitiative mit Teilaufträgen zur Gänze ausgeschöpft wurde.
- b) Die Kosten für die Inseratenschaltungen in der Kronen Zeitung, Kurier, Kleine Zeitung, Salzburger Nachrichten, Vorarlberger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, Oberösterreichische Nachrichten, Die Presse, Der Standard und Kärntner Woche belaufen sich auf insgesamt ATS 6,188.412,15.
- c) Der erforderliche budgetäre Aufwand, resultierend aus dem Rahmenvertrag mit der Agentur Ogilvy & Mather GmbH wurde für das Jahr 2000 mit 25 Millionen veranschlagt, wobei die einzelnen Maßnahmen als Teilleistungen beauftragt wurden bzw. werden.
Dem steht in den Jahren 1998 und 1999 (als die Euro - Information noch gar nicht zum BKA ressortierte) ein Ausgabenerfolg von ATS 70,6 bzw. 74,8 Mio. gegenüber.

Zu Frage 5:

Der mit der Agentur Ogilvy & Mather abgeschlossene Rahmenvertrag wurde für die Jahre 2000 und 2001 abgeschlossen, wobei der zur Verfügung stehende und benötigte finanzielle Aufwand der Agentur für das Jahr 2001 erst bekannt gegeben wird. Gleches gilt für den laufenden Rahmenvertrag mit der Agentur Publico für die Euroinformationsinitiative.

Zu Frage 7:

Für den Rahmenvertrag mit der Agentur Ogilvy wurde vorerst der gleiche budgetäre Aufwand wie im Jahr 2000 - somit also ATS 25 Millionen - veranschlagt.

Zu Frage 9:

Der Auftrag zur Erstellung einer Studie zum Thema „EU - 14“, Meinungsumfrage zu Sanktionen gegenüber Österreich wurde seitens des Bundeskanzleramtes/Bundespresse - dienstes mittels Werkvertrag datierend vom 12. Mai 2000 erteilt.

Zu Frage 10:

Für die Erstellung der gegenständlichen Studie wurde ein Verhandlungsverfahren laut ÖNORM A 2050 Pkt. 1.4.2.2. // 1.4.2.4(2) durchgeführt. Die Einladung zur Legung eines Anbotes erging an die IFES - GesmbH, Institut für empirische Sozialforschung, an Fessel GfK, Institut für Marktforschung GesmbH und an die SPECTRA - Marktforschungs - gesmbH.

Von den oben angeführten Instituten wurden die rechtzeitig eingebrachten Anbote gewertet, und es erfolgte der Auftrag an das Fessel - GfK Institut, da es unter Wertung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte mit Abstand das billigste Anbot legte.

Zu Frage 11:

Die Kosten für die Erstellung der gegenständlichen Studie durch das Fessel GfK Institut betrugen ATS 996.000,- inkl. aller Abgaben.

Seitens des Bundeskanzleramtes/Bundespressedienstes wurden von der OGM - Öster - reichische Gesellschaft für Marketing GesmbH am 8. Juni 2000 die Nutzungsrechte von einer zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossenen Meinungsumfrage zu einem Son - derpreis von ATS 150.000,-- inkl. aller Abgaben angekauft.

Zu den Fragen 12 und 13:

Derzeit sind keine Umfragen vorgesehen.

Zu Frage 14:

Seit Bildung dieser Bundesregierung wurden Werkverträge im Umfang von ATS 18,074.568,63 vergeben.

Zu Frage 15:

Die Vergabe der Leistungen erfolgte in allen Fällen unter Beachtung der vergaberecht - lichen Normen. In jenen Fällen, in denen eine Ausschreibung vorgeschrieben ist, ist diese auch erfolgt.

Zu Frage 16:

Im Bundeskanzleramt wurden seit Bildung dieser Bundesregierung am 4. Feber 2000 bis zum 19. Oktober 2000 (Datum der parlamentarischen Anfrage) ATS 2,668.673,95 für Repräsentationskosten ausgegeben. Im Vergleich dazu wurden im Bundeskanzleramt im Haushaltsjahr 1999 ATS 6,301.495,03 für denselben Zweck auf - gewendet.

Von einer detaillierten Darstellung, insbesondere der Kosten nach Einzelleistungen wird aus verwaltungsökonomischen Gründen Abstand genommen. Die einzelnen Aufwen - dungen wurden folgenden Kategorien zugeordnet:

A	Überreichen von Ehrenzeichen, Orden und dergleichen Sportlerehrungen Ausscheiden aus einer Funktion Geburtstage Ableben Kranzniederlegungen und dergleichen
B	Empfänge für Veranstaltungen, Schulklassen und sonstige Gruppen (zB Rechtsanwaltskammertag - Empfang im BKA)
C	Besuch hoher ausländischer Staatsorgane in Österreich
D	Durchführung von Veranstaltungen im Inland (Klausurtag der BReg, Opernball, Salzburger Festspiele)

Der Vergleich mit dem Jahr 1999 widerlegt auch die in den einleitenden Ausführungen der parlamentarischen Anfrage geäußerte Behauptung, die Repräsentationskosten dieser Bundesregierung seien gestiegen. Das Gegenteil ist der Fall.

Zeitraum	A	B	C	D	Summe
1.1.1999 - 31.12.1999	742.735,70	1.766.488,44	2.262.987,05	1.529.283,84	6.301.495,03
4.2.2000 - 19.10.2000 -	593.667,83	408.378,74	1.428.718,24	237.909,14	2.668.673,95

Zu Frage 17:

Für Flugreisen des Herrn Bundeskanzlers und seiner Kabinettsmitglieder wurden seit Bildung dieser Bundesregierung am 4. 2. 2000 bis zum 19. 10. 2000 (Datum der parlamentarischen Anfrage) ATS 1.739.845,54 ausgegeben. Im Vergleich dazu wurden vom Amtsvorgänger im Haushaltsjahr 1999 ATS 5.536.407,-- für denselben Zweck aufgewendet.

Liste der im Zeitraum 1. 1. 1999 bis 31. 12. 1999 abgeschlossenen Verträge:

Art der Werkleistung	Gesamtsumme in ATS	Anmerkungen
EDV-Leistungen	6,234.000,-	
Bewachung, Botendienste, Reinigung	1,019.000,-	
Sonstige technische Leistungen	222.000,-	
Zukunftsforum	1,028.000,-	Vertragsende 30. 4. 2000
Historikerkommission	1,008.000,-	
Infokampagne „Österreich ans Internet“	1,800.000,-	
GESAMT inkl. MWSt.	11,311.000,-	

Liste der im Zeitraum 4. 2. 2000 bis 1. 12. 2000 abgeschlossenen Verträge:

Art der Werkleistung	Gesamtsumme in ATS	Anmerkungen
EDV-Leistungen	5,029.000,-	
Bewachung, Botendienste, Reinigung	12,090.000,-	
Technische Dienste	keine	
Arbeitsmedizinische Betreuung	353.000,- p.a.	
Koordination nationaler Aktivitäten in Zusammenhang mit EUMC	523.000,- p.a.	Vertragsdauer: 07/2000 bis 06/2003
GESAMT inkl. MWSt.	17,995.000,-	